

**G 002                      Gewerkschaft ver.di**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses  
Angenommen als Material an den Bundesvorstand

**Kampagne für einen aktiven Sozialstaat**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

**Ziele der Sozialstaatskampagne:**

Der DGB und seine Gewerkschaften werden sich in den kommenden Jahren gemeinsam und in einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne dafür einsetzen, dem Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes wieder verstärkt Geltung zu verschaffen.

Mit der Sozialstaatskampagne wollen wir:

- Unser Leitbild eines aktiven Sozialstaates wieder stärker im öffentlichen Bewusstsein verankern;
- gewerkschaftlichen Aktionen in den Auseinandersetzungen um eine sozial gerechte und ausreichende Finanzierung des Sozialstaates, um Grundlage und Ausgestaltung der sozialen Sicherung und die öffentliche Daseinsvorsorge einen gemeinsamen Rahmen geben;
- uns offensiv mit denen auseinandersetzen, die in der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft, in Wissenschaft und Medien, sich für einen weiteren Rückzug des Staates, die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der sozialen Sicherung einsetzen und den Staat auf einen Minimalstaat reduzieren wollen;
- eine Plattform für Bündnispartner in der Politik, in sozialen Bewegungen, in den Kirchen, in Wissenschaft und Medien bieten, die sich für einen aktiven Sozialstaat engagieren wollen;
- und so gemeinsam mit unseren Bündnispartnern die Deutungshoheit in der Gesellschaft über die Werte, die Ziele, die Aufgaben und die sozial gerechte Finanzierung des Sozialstaates als Basis unserer Demokratie erringen;
- und so gesellschaftliche Mehrheiten für eine sozial gerechte und solidarische Politik bilden.

**Unser Leitbild des aktiven Sozialstaates:**

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt ( Art. 1 Abs. 1 GG). In diesem Sinne engagieren wir uns für einen aktiven, handlungsfähigen und sozial gerecht finanzierten Sozialstaat, der allen Menschen ein Leben in Würde ermöglichen kann.

Dieser Sozialstaat beruht auf sozialer Gerechtigkeit und Solidarität und ermöglicht die gerechte Verteilung des Reichtums unserer Gesellschaft und damit die gleiche Teilhabe aller an guter Arbeit, Bildung und menschenwürdigen Lebensverhältnissen. Wir wollen nicht nur gleiche Chancen für alle, wir wollen auch einen Staat, der für mehr Gleichheit in den Lebensverhältnissen und für Gleichberechtigung, besonders im Verhältnis der Geschlechter untereinander, sorgt.

Wir wenden uns entschieden gegen eine Politik der Entstaatlichung, wie sie seit 20 Jahren von einer zunehmend neoliberal orientierten Mehrheit in der Politik verfolgt wird. Die kontinuierliche Senkung der Staatsquote durch immer neue Steuersenkungen vor allem zu Gunsten der Reichen, Vermögensbesitzer und der Unternehmen hat nicht zu mehr Wachstum und Wohlstand für alle, sondern zu einer Aushöhlung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Sozialstaates geführt.

Durch diese selbst herbeigeführten Sparzwänge ist die öffentliche Hand, an den Rand des finanziellen Ruins geraten. Die Verschuldung wächst, notwendige Investitionen unterbleiben, die öffentliche Infrastruktur verschlechtert sich.

Während sich das Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge verschlechtert, wächst das Angebot der von privaten Unternehmen angebotenen Leistungen der Daseinsvorsorge ob in der Bildung, im Gesundheitswesen, der Altenpflege. Die Zwei-Klassen-Gesellschaft breitet sich aus.

Seiner Aufgabe für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Wohlstand zu sorgen, kann der Staat immer weniger nachkommen.

Die gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklung sind wachsende Armut vor allem von Kindern und zunehmend älteren Menschen auf der einen, immenser Reichtum auf der anderen Seite. Während die Einkommen von Millionen erwerbstätiger Frauen und Männer sinken, wurden immense Vermögen aufgehäuft, können Millionen vererbt werden ohne auch nur annähernd gerecht besteuert zu werden. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft ist gefährdet.

Die politische Legitimation dieser Demontage des Sozialstaates wird durch die schwerste Weltwirtschaftskrise deutlich in Frage gestellt. Die Senkung der Staatsquote durch Kürzung der Staatsausgaben und die Absenkung der Einnahmen durch die kontinuierliche Senkung der Steuern hatte das Ziel, Freiheit und Wohlstand für alle durch freie Märkte verwirklichen zu können. Dieses Dogma einer neoliberalen Politik ist in der Weltwirtschaftskrise gescheitert.

Mit umfangreichen Garantien und Bürgschaften haben die Staaten, das Weltfinanzsystem vor dem Kollaps bewahrt. Milliarden schwere Konjunkturprogramme verhindern den Absturz der Weltwirtschaft.

Der Staat hat bewiesen, dass er als Garant und Reparaturbetrieb einer aus den Fugen geratenen kapitalistischen Wirtschaft unverzichtbar ist. Darum kann die Überwindung der Wirtschaftskrise nicht die Konsequenz haben, nun mit einer neuen Welle der Entstaatlichung zu beginnen, so wie es die neue Bundesregierung durchsetzen will.

Notwendig ist nicht weniger, sondern mehr Staat, vor allem aber der aktive Sozialstaat.

Ein finanziell gut ausgestatteter und handlungsfähiger Sozialstaat ist die beste Voraussetzung dafür, die Krise zu überwinden und die Kosten der Krise sozial gerecht aufzubringen, die hohe Staatsverschuldung konjunkturgerecht abzubauen und die wichtigen Zukunftsinvestitionen in die Bildung, die öffentliche Infrastruktur, das Gesundheitswesen, den ökologischen Umbau unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft vorzunehmen.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Sozialstaates ist unabdingbar, um die soziale Sicherung auf den demografischen Wandel einzustellen, armutsfest zu machen und die Solidarität zu stärken.

Aber das wird nicht ausreichen, um den aktuellen und künftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes gibt jedem und jeder das Recht auf soziale Sicherheit – wir lehnen die Reduzierung des Sozialstaates auf einen Fürsorgestaat, dessen Leistungen als letzte Sicherung nur noch das Existenzminimum garantieren ab.

Der aktive Sozialstaat sorgt für gleiche und menschenwürdige Lebensbedingungen durch eine gute und qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge. Der DGB tritt mit Nachdruck dafür ein, diese auch in öffentlicher Verantwortung und möglichst im öffentlichen Eigentum anzubieten und durch demokratisch legitimierte Politik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu gestalten.

Wir lehnen eine Politik ab, die auf der einen Seite dem Staat die notwendigen Mittel für die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge durch Steuersenkungen entzieht und dann die Angebot und Leistungen privaten Anbietern überträgt. Wir sprechen uns für eine Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge aus, die dem Gemeinwohl und nicht dem privaten Profit dient.

Der aktive Sozialstaat schützt und fördert Tarifautonomie und damit das uneingeschränkte Streikrecht. Die Mitbestimmung in den Betrieben, Verwaltungen, Unternehmen muss zu einer Mitbestimmung auf „gleicher Augenhöhe“ ausgeweitet werden.

Das strukturelle Ungleichgewicht auf den Arbeitsmärkten zwischen „Käufern und Verkäufern der Arbeitskraft“ (Arbeitgebern und Arbeitnehmern) muss durch klare und eindeutige Regeln im individuellen wie kollektiven Arbeits- und Sozialrecht ausgeglichen werden.

Der aktive Sozialstaat darf weder die Menschen bevormunden, noch sie überwachen und manipulieren. Jeder und jede hat das Recht auf Selbstbestimmung. Wir wollen keinen Staat, der den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben, solange sie die Grundrechte aller anderen respektieren.

Ein aktiver Sozialstaat ist die Grundlage unserer Demokratie und er lebt von demokratischer Beteiligung. Darum muss er wirksam auch gegen mächtige Interessengruppen und so genannte globale Handlungszwänge Entscheidungen treffen können. Eine rein formale Demokratie, in der gewählt und repräsentiert wird, in der aber die Interessen der ökonomisch Mächtigen dominieren, hat auf Dauer keinen Bestand. Gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise brauchen die Menschen mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte gegenüber dem Staat, in seinen Institutionen wie den Schulen und Hochschulen. Die Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft muss einen aktiven Sozialstaat auf ein sicheres Fundament stellen.

Im Zeitalter der Europäisierung und der Globalisierung müssen wir die Auseinandersetzung um einen aktiven Sozialstaat auch auf diesen Ebenen führen. Vor allem in Europa müssen die sozialen Grundrechte und das Sozialstaatsprinzip eindeutig Vorrang haben vor den so genannten Binnenmarktfreiheiten. Die europäische Politik und in Teilen auch die Rechtssprechung haben den Binnenmarktfreiheiten den Vorrang eingeräumt und sie selbst gegenüber nationalen sozialstaatlichen Regeln und Grundwerten durchzusetzen versucht. Wir wollen einen europäischen Sozialstaat, der durch die Menschen demokratisch legitimiert und auf dieser Basis regiert wird und der den Märkten klare Regeln vorschreibt.

Der DGB und seine Gewerkschaften sind sich der Tatsache bewusst, dass sich politische Mehrheiten im Bund wie in vielen Ländern für ein so verstandenes Sozialstaatsprinzip bilden müssen. Die Koalition von CDU und FDP hat in der Koalitionsvereinbarung zur Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips Ziele vereinbart, die im Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Vorstellungen stehen. In Folge der Krise werden auch in der Politik, in sozialen Bewegungen und den Kirchen, aber auch in Wissenschaft und Medien die alten neoliberalen Glaubenssätze in Frage gestellt und wieder mehr Demokratie und mehr Sozialstaat gefordert.

Die Sozialstaatskampagne des DGB und seiner Gewerkschaften muss daher offen und anschlussfähig sein für alle, die unsere Ziele teilen. Sie muss in der Gesellschaft verankert werden, in die Politik hineinreichen, Bündnispartner finden. Sie muss verknüpft werden mit den vielen betrieblichen wie überbetrieblichen Handlungsfeldern der

Gewerkschaften. Nur wenn es uns gelingt, unserem Handeln eine solche gesellschaftspolitische Dimension zu geben, können wir die Menschen aktivieren und mobilisieren. Wir wollen auch mit dieser Kampagne die Deutungshoheit in der Gesellschaft über den Wert, die Ziele, die Aufgaben und die Finanzierung des Sozialstaates als Basis unserer Demokratie und eines menschenwürdigen Lebens gewinnen. Dann ist auch eine andere Politik wieder möglich.